



Protokoll

12. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.02.2024
Raum, Ort:	Konferenz- und Schulungszentrum, Werner-Nordmeyer-Str. 13, 31226 Peine
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:53 Uhr

Anwesende:

Vorsitz

Herr Hartmut Marotz

Mitglieder

Herr Julius Nießen ab 17:15 Uhr

Herr Maik Burgdorf

Herr Thomas Kirchmann

Herr Matthias Möhle

Frau Antje Schulz

Herr Björn Busse bis 18:25 Uhr

Herr Christoph Plett

Herr Martin Schampera bis 18:12 Uhr

Frau Claudia Wilke

Herr Jan Wouter van Leeuwen

Grundmandat

Herr Karl-Heinrich Belte

Herr Günther Engelhardt

Frau Birgit Reimers

Bürgervertretung

Frau Eva Schlaugat

Herr Carsten Rauls bis 18:30 Uhr

Herr Christoph Hauschke

Sonstige Mitglieder

Frau Heike Horrmann-Brandt

Herr Horst Kunz

Herr Jürgen Rump

Protokollführung

Herr Gerhard Spiller

Verwaltung

Frau Heike Bialek

Frau Prof. Dr. Andrea Friedrich

Frau Claudia Geyer

Frau Cordula Heimbürg

Frau Dr. Agnieszka Opiela

Frau Andrea Pape

Frau Jennifer Wimmer

Entschuldigte:

Bürgervertretung

Herr Dirk-Heinrich Heuer

verhindert

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.11.2023
- 4 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 5 Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters Landkreis Peine 2024
- 6 Staaten-/Parallelbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte
- 7 Ergebnisse für die Einschulungsjahrgänge 2022/23 und 2023/24
- 8 Richtlinien zur Stärkung der ärztlichen Versorgung im Landkreis Peine
- 9 Informationen der Verwaltung
- 10 Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Kreistagsabgeordneter Marotz (im Folgenden werden männliche und weibliche Kreistagsabgeordnete als KTA bezeichnet), eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter/innen der Verwaltung.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Eine Änderung der Tagesordnung wird nicht beantragt. Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt daher die Tagesordnung in der Fassung der Einladung fest.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 07.11.2023

Beschluss: Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Arbeit und Soziales vom 07.11.2023 wird ohne Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche mit 10 Ja-Stimmen bei 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen genehmigt.

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Einwohnerinnen und Einwohner sind nicht anwesend.

5. Arbeitsmarktprogramm des Jobcenters Landkreis Peine 2024 Vorlage: 2024/006

Fachdienstleiterin (im Folgenden werden männliche und weibliche Fachdienstleitungen als FDL bezeichnet) Geyer benennt zunächst die Handlungsfelder und skizziert deren Inhalte. Diese werden anschließend vertieft dargestellt. Es folgt eine Vorstellung der Mittelverteilung

bezüglich der Integration ins Erwerbsleben. Hierbei geht sie auf verschiedene Problemstellungen seitens der Kundinnen und Kunden des Jobcenters ein und erwähnt beispielhaft fehlende Sprachkenntnisse und das Ermitteln des Niveaus von Qualifikationen. Gerade bei letzterem gebe es insbesondere im Vergleich Deutschlands mit der Ukraine Schwierigkeiten, da sich die Ausbildungssysteme und Anwendungsrealitäten unterscheiden.

(Anmerkung des Protokollführers: 17:15 Uhr Ankunft von KTA Nießen)

FDL Geyer fährt mit einer Darstellung der im Jahre 2024 geplanten Maßnahmen fort. Dabei werden die Maßnahmen ‚RecyclWerk‘ und ‚CNUT – Coaching, Nachhaltigkeit und Training etwas ausführlicher vorgestellt.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, bedankt sich im Namen des Ausschusses für den Vortrag. Er schließt die Frage an, wie die Einteilung des Sprachniveaus erfolge.

FDL Geyer erläutert, dass es unterschiedliche Sprachkompetenzen gebe. Die Spannweite reiche von allgemeinen Sprachkenntnissen bis hin zu berufsspezifischer Sprache. Diese sei mit Blick auf die Berufsprüfung wichtig.

KTA Reimers stellt fest, dass Sprache mehr als nur die Integration in Arbeit sei, sodass es bedauerlich sei, dass die Wartezeiten bis zu der Belegung eines Sprachkurses recht lang seien. Allerdings habe sie gehört, dass jemand, der sich in Arbeit befinde, kein Geld für Sprachkurse bekomme. Sie fragt an, ob diese Information richtig sei.

FDL Geyer antwortet, dass nicht alle Kommunen Wartelisten für Sprachkurse hätten, da das auch immer von der Anzahl der örtlichen Kursträger abhängt. Grundsätzlich gelte, dass zuerst die Sprachkenntnisse erworben werden und dann die Vermittlung in Arbeit erfolge. Sofern sich aber auch ohne Sprachkurs eine Vermittlung ergebe, könne die betreffende Person die Tätigkeit aufnehmen und bekommt den Sprachkurs dennoch finanziert.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, fragt nach, wer die Sprachkurse bezahle.

FDL Geyer erwidert, dass diese Kosten vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) übernommen werden.

Dezernatsleiterin (im Folgenden als DL bezeichnet) Prof. Dr. Friedrich ergänzt, dass es unterschiedliche Sprachangebote gebe. Auch die Kommunen bezahlen entsprechende Kurse.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt.

(Anmerkung des Protokollführers: Gegen 18:30 Uhr wird dieser Punkt nochmals geöffnet, da eine Beschlussfassung benötigt wird. Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt fest, dass es bei der Diskussion zu diesem Punkt keine Gegenrede gegeben habe. Die anwesenden Ausschussmitglieder stimmen der Beschlussvorlage nachträglich mit 9 Ja-Stimmen zu.)

Beschluss:

Dem vorgelegten Arbeitsmarktprogramm 2024 des Jobcenters Landkreis Peine mit seinen geschäftspolitischen Schwerpunkten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: - Enthaltung/en: -

6 . Staaten-/Parallelbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte Vorlage: 2024/015

Der Vorsitzende, KTA Marotz, führt kurz in das Thema ein.

Der Vorsitzende des Behindertenbeirates Herr Kunz erklärt, dass in der Sachdarstellung in hervorragender Weise auf die Unabhängigkeit des Behindertenbeirates hingewiesen werde. Inhaltlich könne zum Staaten-/Parallelbericht des Deutschen Instituts für Menschenrechte nichts sagen, da der Bericht an die Bundesregierung gehe und darin deshalb keine Regionen genannt werden. Er bemängelt, dass noch immer ein Bewusstsein für Inklusion fehle und gibt dazu ein Beispiel aus einer kreisangehörigen Gemeinde.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt.

7. Ergebnisse für die Einschulungsjahrgänge 2022/23 und 2023/24 Vorlage: 2024/016

FDL Dr. Opiela verweist auf die Vorlage und erklärt, dass dieser die Ergebnisse als Anlage beigefügt seien. Deshalb werde der Vortrag in komprimierter Form erfolgen.

Dr. Meltzow erklärt zunächst, dass der Bericht die Ergebnisse der Einschulungsjahrgänge 2022/23 und 2023/24 beinhalte. Anschließend skizziert sie die Aufgaben des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes, bevor sie die Zahl der durchgeführten Untersuchungen vorstellt.

Dr. Kiessling-Klamka übernimmt die Erläuterung der Untersuchungsergebnisse und weist insbesondere auf eine Zunahme der sozial-emotionalen Problemstellungen hin. Anschließend stellt sie die Ergebnisse bei den Empfehlungen aufgrund der Untersuchungen vor und erläutert diese.

Dr. Meltzow legt die Ergebnisse der Untersuchungen zur Regelschulreife in den Kindergärten dar.

Dr. Kiessling-Klamka zeigt die Veränderungen der Untersuchungsergebnisse aufgrund der Veränderungen bei der Altersgrenze für schulpflichtige Kinder auf.

Dr. Meltzow widmet den nächsten Teil ihres Vortrages dem Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Kinder.

Dr. Kiessling-Klamka zieht aus den Untersuchungsergebnissen ein Fazit und äußert sich besorgt über den Zustand der eingeschulten Kinder. Dabei weist sie auch auf die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie hin und gibt zu bedenken, dass daran die Kinder teilgenommen haben, die vor acht Jahren untersucht worden sind. Damals waren die Ergebnisse im Vergleich zu den aktuellen Werten besser, sodass sich für die Zukunft eine alarmierende Entwicklung abzuzeichnen drohe.

Dr. Meltzow schließt den Vortrag mit der Bemerkung, dass die Bedingungen der Lebenswelt großen Einfluss auf die Entwicklung der Kinder haben.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, dankt den beiden Referentinnen.

Der Vorsitzende des Behindertenbeirates Herr Kunz gibt bekannt, dass sich der Niedersächsische Inklusionsrat mit einer Verbesserung der Schulassistenz befasse, um die Lage an den Schulen zu verbessern.

(Anmerkung des Protokollführers: 18:12 Uhr: KTA Schampera verlässt die Sitzung)

BV Schlaugat wirft die Frage auf, ob eine Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr die Lage spürbar verbessern würde.

Dr. Meltzow erwidert, dass eine solche Pflicht ab dem ersten Lebensjahr nicht so glücklich wäre, aber eine Pflicht ab dem dritten Lebensjahr würde sie jedoch für sinnvoll halten, da diese nach ihrer Einschätzung etwas bewirken könnte.

KTA Wilke weist auf eine vom Landkreis Peine durchgeführte Konferenz gemeinsamer Fachtag des JHA (Jugendhilfeausschusses) und AGAS hin und fragt an, ob es eine Fortsetzung

geben werde. Zu dieser sollten dann auch die Hauptverwaltungsbeamten/-innen der kreisangehörigen Kommunen eingeladen werden.

DL Prof. Dr. Friedrich antwortet, dass die Fortsetzung des gemeinsamen Workshops für den September geplant sei. Die Hauptverwaltungsbeamten/-innen werden natürlich auch angesprochen.

BV Schlaugat stellt fest, dass die Untersuchungsergebnisse immer schlimmer werden. Sie fragt an, was der Kreistag Peine machen könne, um die Lage zu verbessern.

Dr. Kiessling-Klamka antwortet, dass die Möglichkeiten begrenzt seien, aber eine zentrale Vergabestelle für Kindergartenplätze könnte zu mehr Planungssicherheit bei allen Beteiligten führen und wäre ein erster Schritt.

KTA Reimers erklärt, dass vieles in die Zuständigkeit des Bundes und der Länder falle. Sie wünscht zu erfahren, ob die Untersuchungsergebnisse nach dort weitergegeben werden.

Dr. Kiessling-Klamka erwidert, dass die Daten der Kommunen an das Land Niedersachsen übermittelt werden. Dieses erstelle dann einen eigenen Bericht.

KTA Möhle weist darauf hin, dass der Ausschuss die Untersuchungsergebnisse unter dem Gesundheitsaspekt behandle. Da er jedoch in hohem Maße auch die Bildungspolitik betreffe, müsste er auch im dortigen Fachausschuss vorgestellt werden.

BV Horrmann-Brandt begehrt zu erfahren, ob sich aus den Ergebnissen ein Bedarf an Elternunterstützung ergebe.

(Anmerkung des Protokollführers: 18:25 Uhr: KTA Busse verlässt die Sitzung)

Dr. Meltzow antwortet, dass die Bildungsferne oder –nähe der Eltern in den Untersuchungsergebnissen deutlich werden.

BV Rauls erklärt, dass die aufgezeigten Untersuchungsergebnisse im ersten Schritt die Bildungspolitik betreffen, aber mit zunehmendem Alter auch in andere Bereiche hineinreichen und sich letztlich in seiner Arbeit als Polizeibeamter widerspiegeln.

KTA Reimers fragt nach, ob bei einem Kind, von dem eine Fremdgefährdung ausgehe, nicht das Jugendamt eingreife.

(Anmerkung des Protokollführers: 18:30 Uhr: BV Rauls verlässt die Sitzung)

Dr. Meltzow entgegnet, dass das Jugendamt zwar eingeschaltet werde, aber angesichts eines Mangels an Pflegefamilien sei es eher machtlos.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt.

8. Richtlinien zur Stärkung der ärztlichen Versorgung im Landkreis Peine Vorlage: 2024/019

KTA Möhle erklärt, dass die Vorlage sehr umfangreich sei und man das Thema in der Fraktion besprechen wolle. Deshalb würde er in dieser Sitzung keine Diskussion führen wollen.

KTA Plett stimmt der Sichtweise von KTA Möhle zu.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt wird.

Beschluss:

.

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

9 . Informationen der Verwaltung

DL Prof. Dr. Friedrich gibt bekannt, dass am 20.09.2024 der Anschließstermin des Workshops von Jugendhilfeausschuss und Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales stattfinden werde. Eine Teilnahme der Hauptverwaltungsbeamten/-innen sowie der Träger wäre sinnvoll.

Des Weiteren gibt DL Prof. Dr. Friedrich kund, dass die für den Oktober 2024 geplante Inklusionskonferenz in den Mai 2025 verlegt werde. Da man für die Vorbereitung Stellenanteile in den Haushalt aufgenommen habe, aber dieser noch nicht genehmigt sei, könne es derzeit keine Stellenbesetzung geben, wodurch der Zeitplan ins Wanken geraten sei. Der Schwerpunkt der Vorbereitung der Inklusionskonferenz soll auf dem Thema Partizipation liegen.

Schließlich weist DL Prof. Dr. Friedrich darauf hin, dass es zwei neue Fachsoftwareprogramme gebe : dies gilt für die Fachdienste Dezernat III, Arbeit und das Gesundheitsamt.

10 . Anfragen und Anregungen

KTA Plett weist darauf hin, dass der Geschäftsführer des Klinikums Peine einen Bericht über die aktuellen Entwicklungen und Entscheidungen im Ausschuss vorstellen sollte. Dafür wäre die nächste Sitzung am 16.04.2024 sinnvoll.

DL Prof. Dr. Friedrich regt an, dass sie das Thema in der nächsten Sitzung des Kreis Ausschusses einbringen möchte.

KTA Plett hält dem entgegen, dass der Fachausschuss beschlossen habe, dass es einen solchen Bericht geben solle. Damit sei der Auftrag an die Verwaltung klar formuliert.

DL Prof. Dr. Friedrich verweist auf das Protokoll der letzten Sitzung, in dem unter Tagesordnungspunkt 12 ‚Anfragen und Anregungen‘ festgehalten sei, „KTA Plett schlägt vor, dass in der nächsten Ausschusssitzung...“ (a.a.O., S. 8). Eine Abstimmung sei dort nicht vermerkt. Es sei also lediglich seine Anregung gewesen.

KTA Möhle unterstützt den Wunsch nach einem Vortrag des Geschäftsführers des Klinikums Peine.

Der Vorsitzende, KTA Marotz, schlägt vor, dass es in der nächsten Sitzung am 16.04.2024 einen entsprechenden Bericht geben solle.

KTA Plett bezieht sich auf den Beschluss des Haushalts für das Jahr 2024 und das Haushaltssicherungskonzept. Seinerzeit konnten aus Zeitmangel die Auswirkungen gerade auf die Verbände nicht ausreichend besprochen werden. Auch die Einbeziehung der Träger sei nicht kommuniziert worden. Sofern für das Jahr 2025 erneut ein Sicherungskonzept vorgelegt werden müsse, sollten die Beratungen wesentlich früher als für das Jahr 2024 beginnen.

KTA Möhle erklärt, dass er die kommunikativen Defizite nicht sehe, da man im Austausch mit den Trägern gestanden habe und diese über die geplanten Maßnahmen informiert waren.

KTA Plett weist auf eine ihm anders geschilderte Darstellung hin.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende, KTA Marotz, diesen Tagesordnungspunkt und um 18:53 Uhr die Sitzung.

Hartmut Marotz
Ausschussvorsitz

Prof. Dr. Andrea Friedrich
Kreisrätin für Soziales

Gerhard Spiller
Protokollführung

